

GROSSER RAT

GR.26.53

VORSTOSS

Motion betreffend Sicherstellung von Barzahlungsmöglichkeiten bei im Kanton Aargau tätigen Verkehrsanbietern vom 3. März 2026 von Daniele Mezzi, Mitte, Laufenburg (Sprecher), Dr. Nicole Burger, SVP, Aarau, Dr. Adrian Schoop, FDP, Baden, Martin Bossert, EDU, Rothrist

Text:

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) dahingehend zu ändern, dass Verkehrsanbieter, welche im Kanton Aargau Personentransporte durchführen, verpflichtet werden, Zahlungen mit Bargeld zu akzeptieren.

Begründung:

Im öffentlichen Verkehr des Kantons Aargau und der Stadt Aarau schreitet die Umstellung auf bargeldlose Zahlungssysteme wie TWINT oder Karten rapid voran, was die Entscheidungsfreiheit der Fahrgäste massiv einschränkt.

Ältere Menschen, Kinder und Teenager sind oft nicht in der Lage, diese Systeme zu nutzen – viele Senioren, aber auch Jugendliche, besitzen oft kein Smartphone mit einer TWINT-Funktion, viele verfügen auch nicht über eine Kreditkarte. Dies führt zu absurden Situationen: Wie den Motionären zugetragen worden ist, sind viele Aarauer Jugendliche nicht mehr in der Lage, ein Billett für den Bus zu lösen – obwohl sie Bargeld dabei haben. Das gleiche dürfte auch für viele Senioren gelten. Eine solche Einschränkung von Bargeldzahlungen schafft damit Barrieren, die gewisse Menschengruppen faktisch vom Leben ausschliessen. Die Motionäre sahen sich zudem schon selber in einer verwickelten Situation: Das Billett konnten sie lösen, weil aber ihr Handy keinen Strom mehr hatte, wären sie nicht in der Lage gewesen, dasselbe vorzuweisen.

Zu bedenken ist auch, dass im Bereich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erhebliche Abhängigkeiten vom Ausland bzw. den Vereinigten Staaten bestehen. Über 90 % der Kreditkarten in der Schweiz laufen über US-Konzerne, die bei Sanktionen oder politischen Spannungen Zahlungen blockieren könnten. Die Schweiz ist damit bei Kreditkartenzahlungen stark von US-dominierten Systemen wie Visa und Mastercard abhängig, was geopolitische und systemische Risiken birgt.

Es stellen sich aber auch praktische Probleme: Kartenzahlungen hängen von Strom, Netzen und Terminals ab – Hackerangriffe oder Blackouts können solche Transaktionen lähmen.

Bargeldlose Zahlungen ermöglichen zudem eine lückenlose Überwachung aller Transaktionen durch Dritte, während Bargeld die Anonymität und persönliche Freiheit der Bürger wahrt. Eine Pflicht zur Bargeldannahme schützt die Freiheit der Menschen vor staatlicher oder privater Kontrolle und gewährleistet echte Entscheidungsfreiheit im Alltag. Bargeld als verfassungsrechtlich verankerter Backup sichert Unabhängigkeit, Resilienz und Freiheit.